

## Referendum: Totalrevision des CO2-Gesetzes

### Worum es geht

Seit 2020 gelten die international vereinbarten Ziele des Pariser Klimaabkommens, welches die Schweiz 2017 mitunterzeichnet hat. Die Schweiz hat sich damit verpflichtet, ihre weltweiten Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2030 um mindestens 50% gegenüber 1990 zu reduzieren. Drei Viertel dieser Reduktion sollen im Inland erfolgen. Die Schweiz hat sich zudem mit der Energiestrategie bis 2050 vorgenommen, bis dann klimaneutral zu sein. Das CO2-Gesetz regelt die nationale Umsetzung dieser Verpflichtung und Zielsetzung und soll per 1.1.2022 in Kraft treten.

Das CO2-Gesetz sieht Massnahmen in folgenden Bereichen vor: Gebäudesanierungen, Flugverkehr, industrielle Emissionen (Unternehmen), Anpassung der CO2-Grenzwerte für Fahrzeuge, Kompensationsabgabe auf Treibstoffe (z.B. Benzin) und die CO2-Lenkungsabgabe auf Brennstoffe (z.B. Heizöl).

Die Mitte-Fraktion, Bundesrat und Parlament sowie die Mehrheit der Parteien und auch die Wirtschaft unterstützen das CO2-Gesetz. Ein Bündnis aus SVP, der Auto- und Erdölindustrie auf der einen sowie Teile der Klimastreikbewegung auf der anderen Seite hat das [Referendum gegen das CO2-Gesetz](#) ergriffen. Am 13. Juni 2021 stimmen wir über die Vorlage ab.

### Das sagen die Befürworter:

#### Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Energiestrategie 2050

Mit dem CO2-Gesetz liegt ein effizientes und auch umsetzbares Instrument vor, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen und die von unserer ehemaligen Bundesrätin Doris Leuthard massgeblich geprägten und im Mai 2017 vom Volk mit einem Ja-Anteil von 58,2% deutlich angenommene Energiestrategie 2050 erfolgreich umzusetzen. Es ist ein gut ausbalancierter Kompromiss, der beinhaltet, was heute politisch, wirtschaftlich und sozial machbar ist.

#### Griffige und gleichzeitig sozial ausgewogene Lösung

Das CO2-Gesetz beinhaltet griffige Massnahmen, die aber sozial verträglich ausgestaltet sind. Ein Grossteil der Flugverkehr- und Brennstoffabgabe fliesst an die Bürgerinnen und Bürger zurück. Über den Rückverteilungsmechanismus wird beispielsweise 90% der Schweizer Bevölkerung mindestens gleich viel Geld zurückbekommen, wie sie für die Flugticketabgabe ausgibt.

### **Unterstützung für Berggebiete**

Berggebiete sind vom Klimawandel besonders betroffen. Sie sollen deshalb Unterstützung erhalten. Schäden durch die zunehmenden extremen Naturereignisse sollen so reduziert werden. Der Klimafonds unterstützt spezifische Massnahmen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels in den Berggebieten und ländlichen Räumen und hilft beispielsweise durch Gebäudesanierungsprogramme, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern und die Folgen des Klimawandels auszugleichen.

### **Chance für eine nachhaltige Wirtschaft**

Ein Teil des neuen Klimafonds ist für Investitionen in klimaschonende Technologien und Innovation vorgesehen. Die einheimische Wertschöpfung und Energieproduktion werden gestärkt. Durch energetische Gebäudesanierungen bleibt das Geld beim Schweizer Gewerbe und fliesst nicht in importiertes Öl und Gas. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz schafft verlässliche und transparente Rahmenbedingungen, zusätzliche Wertschöpfung und erhöht die Arbeitsplatz- und Investitionssicherheit der Wirtschaft.

### **Das sagen die Gegner:**

#### **Die Schweiz hat zu wenig Einfluss auf weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoss**

Klimaschutz ist eine weltweite Aufgabe und verschlingt viel Geld. Wirtschaft, Gewerbe, Konsumenten und Privathaushalte kommen für diese Kosten auf. Unser Klima wird sich jedoch kein bisschen verändern, weil die Schweiz - gemessen am weltweit verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoss - einen kleinen Beitrag leisten kann. Deshalb spielt es kaum eine Rolle, ob die Schweiz regulatorische Anpassungen vornimmt.

#### **Zu wenig ambitioniert**

Für Teile der Klimastreikbewegung ist das vorliegende CO<sub>2</sub>-Gesetz zu wenig ambitioniert, um das 1.5°C-Ziel des Pariser Abkommen zu erreichen. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz bietet zudem keinen Weg zur nachhaltigen Transformation. Viel mehr zementiert es ungerechte und klimazerstörerische Strukturen.

#### **Gewerbe nicht unnötig belasten**

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz beabsichtigt insbesondere den Energiekonsum und somit die Mobilität zu verteuern. Konkret führt dies zu einer Verteuerung der Treibstoffpreise. Dem Gewerbe werden die Regulierungen im Bereich Mobilität schaden.

#### **Bürokratiemonster voller Verbote und neuer Steuern**

Das Gesetz wurde von Bundesrat und Parlament in ein kompliziertes Bürokratiemonster mit zahlreichen Verboten und Vorschriften verwandelt. Das Klima und die Umwelt kann man am besten schützen, wenn optimale Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung bestehen, jeder eigenverantwortlich handelt und Unternehmen in einem marktwirtschaftlichen Umfeld handeln können. Massive staatliche Eingriffe und hohe Steuern sind kontraproduktiv.

### **Empfehlung**

Der Ständerat empfiehlt die Vorlage mit 33 zu 5 Stimmen bei 6 Enthaltung zur Annahme, der Nationalrat empfiehlt die Vorlage mit 129 zu 59 Stimmen bei 8 Enthaltungen zur Annahme. Die Mitte-Fraktion empfiehlt die Vorlage mit 36:1:7 Stimmen zur Annahme.